

Gabrisch, Hubert

Article — Digitized Version
Talfahrt ohne Ende?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Gabrisch, Hubert (1981) : Talfahrt ohne Ende?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 11, pp. 561-564

This Version is available at:
<https://hdl.handle.net/10419/135621>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Talfahrt ohne Ende?

Hubert Gabrisch, Hamburg

Der bisherige 1. Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), Stanislaw Kania, wurde durch den Ministerpräsidenten und Verteidigungsminister, General Wojciech Jaruzelski, abgelöst. Die Ablösung erfolgte vor dem Hintergrund einer sich dramatisch zuspitzenden Wirtschaftskrise, die alle pessimistischen Erwartungen des vergangenen Jahres noch weit übertrifft. Kania ist es zwar gelungen, eine bürgerkriegsähnliche Situation in Polen zu vermeiden. Unter seiner Führung verblieb die PVAP allerdings gegenüber den sich auftürmenden Problemen in einer passiven Rolle. Ob es jedoch Jaruzelski mit den Methoden einer „Kriegswirtschaft“ gelingen wird, der Probleme Herr zu werden, ist fraglich. Denn der Handlungsspielraum ist in den letzten Monaten, in denen er bereits Ministerpräsident war, eher kleiner geworden.

Im Herbst 1980 hoffte die polnische Führung noch, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes, die Ende der 70er Jahre zum Ausbruch gekommen waren, relativ schnell in den Griff zu bekommen. Diese Hoffnung hat sich allerdings im Laufe des Jahres 1981 als Illusion herausgestellt. Gegenwärtig ist vielmehr damit zu rechnen, daß das materielle Nationalprodukt Polens um 15 bis 20 % gegenüber dem Vorjahr zurückgehen wird. Im ursprünglichen Wirtschaftsplan für 1981 war noch optimistisch ein Nullwachstum für möglich gehalten worden. Aber bereits im Januar lagen die Schätzungen der Führung bei -3,7 % und im April bei -9 %¹. Das im Juli vorgelegte Regierungsprogramm zur Überwindung der Krise geht nun von -15 % aus².

Die Fehleinschätzung der Führung vom Herbst 1980 zeichnete sich bereits ab, als der Volkswirtschaftsplan für 1981 in wichtigen Bereichen nicht ausgeglichen bilanziert werden konnte. Er sah z. B. nur eine reale Stei-

gerung der Konsumgüterversorgung und des Dienstleistungsangebots um 3 % vor, während die Geldeinkommen der Bevölkerung um ca. 18 % ansteigen sollten. Dies war eine Folge der sozialpolitischen Verpflichtungen, die die Regierung in den Vereinbarungen mit den Streikkomitees vom September 1980 übernommen hatte.

Dramatische Verschlechterung

Die Talfahrt der Wirtschaft in den ersten sechs Monaten 1981 wird durch die Daten in Tabelle 2 eindrucksvoll wiedergegeben.

Ende Juli

- sind die nominalen Geldeinkommen der Bevölkerung gegenüber dem Vergleichszeitpunkt des Vorjahres statt wie geplant um 18 % um 30,4 % gestiegen³;
- ist der Export in die westlichen Länder um 35,4 % und der Import aus diesen Ländern um 48 % zurückgegangen⁴;
- ist die Verschuldung in den westlichen Ländern auf 27 Mrd. \$ angestiegen;
- wird das Defizit im Staatshaushalt für 1981 nicht wie geplant auf nur 120 Mrd. zł, sondern bereits auf 217 Mrd. zł geschätzt⁵;

¹ Nach Angaben des damaligen ZK-Sekretärs T. G r a b s k i in: Trybuna Ludu vom 15. 1. 1981, S. 3. Vgl. auch Report on economic and payments situation in Poland and outlines of its economic policy, S. 42 (unveröffentlichter Bericht der polnischen Regierung vom April dieses Jahres).

² Vgl. Rządowy program przezwycięzania kryzysu oraz stabilizowania gospodarki kraju, Warszawa (Juli) 1981, S. 52.

³ Główny Urząd Statystyczny (GUS): Gospodarka w lipcu, in: Życie gospodarcze Nr. 35 vom 30. 8. 1981, S. 2.

⁴ Vgl. o. V.: GUS-bije na alarm, in: Trybuna Ludu vom 15./16. 8. 1981, S. 1.

⁵ Vgl. die Sejm-Rede des Planungschefs Z. M a d e j: Założenia rządowego programu przezwycięzania kryzysu oraz stabilizowania gospodarki kraju, in: Trybuna Ludu vom 3. 7. 1981, S. 2.

Hubert Gabrisch, 30, Dipl.-Volkswirt, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Sozialistische Länder und Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

Tabelle 1

Hauptindikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung 1971 - 1980

(Jährliche Wachstumsraten auf der Basis fester Preise)

	1971-1975 durchschnittlich	1976-1980 durchschnittlich	1979	1980
Materielles Nationalprodukt	9,8	1,3	-2,3	- 5,4
Verwendetes Nationalprodukt	12,0	0,1	-3,4	- 5,9
Bruttoindustrieproduktion	10,6	4,4	2,5	- 1,3
Bruttoagrarproduktion	3,7	-1,3	-1,4	- 9,6
Arbeitsproduktivität ^a	8,2	2,0	-1,5	- 4,0
Kapitalproduktivität ^b	1,7	-6,6	-9,6	-11,0

^aGesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität, d.h. materielles Nationalprodukt pro 1 Beschäftigten in der Sphäre materieller Produktion; ^bmaterielles Nationalprodukt pro 1 zI Anlagekapital in der Sphäre materieller Produktion.

Quelle n: Eigene Berechnung auf Basis des Rządowy raport o stanie gospodarki, Warszawa (Juli) 1981, S. 120, Tab. 1, und des GŁÓWNY URZĄD STATYSTYCZNY (GUS): Rocznik statystyczny, Warszawa, verschiedene Jahrgänge.

Tabelle 2

Wirtschaftliche Entwicklung im 1. Halbjahr 1981

	Plan 1981 1980 = 100	1. Hj. 1981 1. Hj. 1980 = 100
Industrielle Bruttoproduktion	ca. 100	87,5
Arbeitsproduktivität		
in der Industrie		87,8
in der Bauwirtschaft		82,8
Einzelhandelsumsätze	102,8	98,2
Nominaler Lohnfonds ^a	116,0	126,5
Nominallohn ^a		126,0
Lebenshaltungskosten		über 115
Export	105,0	77,2
Import	97,0	84,5
Investitionen ^a	85,0	77,0
Steinkohleförderung	97,4	78,2
Rohölverarbeitung		80,7
Stromerzeugung		95,2
Rohstahlerzeugung	90,4	87,9
Elektrolysekupfer		89,0
Maschinen und Anlagen für die Landwirtschaft		84,4
Zement		78,6

^aSozialistischer (= staatlicher und genossenschaftlicher) Sektor.

Quelle: GUS: Komunikat Głównego Urzędu Statystycznego o sytuacji społeczno-gospodarczej kraju w I. półroczu 1981, in: Trybuna Ludu vom 28. 7. 1981, S. 4.

□ sind nach Schätzungen einer von der Regierung eingesetzten unabhängigen Kommission zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage mittlerweile 600 bis 800 Mrd. zI, d. h. mehr als ein Drittel der Geldeinkommen im Jahre 1981, ohne Warendeckung (Ende 1980: ca. 510 Mrd. zI)⁶.

Die soziale Lage der Bevölkerung hat sich dramatisch verschlechtert. Fleisch und viele andere Lebensmittel sind – wenn überhaupt – nur noch auf Karten zu erhal-

ten. Fast alle nicht über Bezugscheine bewirtschafteten Konsumgüter sind zum Gegenstand der Spekulation geworden. Schätzte man Ende 1980 den Anteil der Bevölkerung, der am Rande des sozialen Existenzminimums lebt, auf ca. ein Sechstel, so dürften mittlerweile immer mehr Bevölkerungskreise an dieser Grenze angelangt sein. Betroffen sind vor allem kinderreiche Arbeiterfamilien und Rentnerhaushalte.

Anzeichen für eine Wende?

Trotzdem sind Anzeichen zu erkennen, die auf ein Ende der Talfahrt hinweisen könnten. Diese sind im Herbst 1981 jedoch allein bei der Landwirtschaft zu finden. Sie konnte nach dem schlechten Vorjahresergebnis wieder gute Ernten verzeichnen. Die Getreideernte stellt mit ca. 20 Mill. t einen Rekord dar. Sie ist um ca. 3,6 Mill. t, d. h. um 22 % gegenüber 1980 angewachsen. Die Kartoffelernte nahm um 52 % auf 40 Mill. t zu, liegt aber noch unter den Spitzenergebnissen der Jahre 1978 und 1979⁷.

Diese Resultate sollten indes nicht überbewertet werden. Sie sind weniger das Ergebnis der veränderten Agrarpolitik der Regierung als vielmehr der guten Witterungsbedingungen gewesen. Die in der neuen Agrarpolitik versprochene Förderung der Privatbauern wird voraussichtlich erst in den nächsten Jahren zu greifbaren Ergebnissen führen. Die Erhöhung der Ankaufspreise für tierische Produkte im Sommer dieses Jahres hat deshalb auch noch keine positiven Wirkungen hervorrufen können. Die Versorgung mit Nahrungsgütern tierischer Herkunft hat sich vielmehr katastrophal verschlechtert. Der Bestand an Rindern ist Ende Juni 1981 gegenüber dem Vergleichszeitpunkt im Vorjahr um 3,7 % und an Schweinen um 13,3 % zurückgegangen. Der Ankauf von Schlachtvieh durch den Staat, die Grundlage der Fleischversorgung in den Städten also, ist um 18,4 % zurückgegangen⁸.

Werden die guten Ernteergebnisse auch zu einer gewissen Entspannung in der Versorgung mit Nahrungsmitteln pflanzlicher Herkunft und voraussichtlich auch zu einem um 3 bis 4 Mill. Tonnen geringeren Import von Getreide führen als 1980/81, so bleibt die Lage insgesamt auf den Konsumgütermärkten und insbesondere in der Fleischversorgung nach wie vor prekär.

Da auch die Förderung von Steinkohle, dem wichtigsten Energieträger der polnischen Volkswirtschaft, zurückgeht, wird aller Voraussicht nach der kommende

⁶ Vgl. Rządowy raport o stanie gospodarki, Warszawa (Juli) 1981, S. 8.

⁷ Vgl. J. Wiśniewski: Po zbiorach: Nadzieje i realia, in: Trybuna Ludu vom 24. 9. 1981, S. 3.

⁸ Vgl. GUS, a.a.O.

Winter zu dem für die Bevölkerung Polens schwersten seit Mitte der 50er Jahre werden.

Verpaßte Chancen

Für die schnelle Talfahrt 1981 sind vor allem drei Gründe anzuführen:

□ *Die außenwirtschaftliche Barriere:* Polen muß in diesem Jahr die notwendigen Importe fast ausschließlich aus den laufenden Exporteinnahmen finanzieren. Zwar ist es gelungen, von den für 1981 anstehenden Schuldendienstleistungen an die westlichen Gläubiger in Höhe von ursprünglich 9,7 Mrd. \$ ca. 5 Mrd. durch eine Umschuldungsaktion auf die Jahre 1986 bis 1990 zu verschieben, so daß nicht mehr wie in den vergangenen Jahren 70 bis 90 % der Exporteinnahmen in harten Devisen durch Tilgung und Zinszahlungen absorbiert werden. Jedoch sind die Exporte in den Westen so drastisch zurückgegangen, daß 1981 höchstens 60 % der Devisensumme, die noch 1980 für den Import von Rohstoffen und Halbwaren ausgegeben worden war, zur Verfügung stehen⁹. Real dürfte der Rückgang der Importe noch größer werden.

□ *Die bürokratische Barriere:* Die Regierung ist vom Herbst 1980 bis zum Sommer 1981 nicht in der Lage gewesen, die wirtschaftliche Situation in ihrer ganzen Schärfe zu erfassen und damit die Grundlage für ein wirkungsvolles Antikrisenprogramm zu schaffen. Dadurch ist wertvolle Zeit verlorengegangen. Zeugnis dafür ist der bereits im Herbst letzten Jahres angekündigte Bericht zur Wirtschaftslage. Er sollte zunächst von der Wirtschaftsadministration in den verschiedenen Ministerien unter Federführung der Plankommission abgefaßt werden, also ausgerechnet von den bürokratischen Institutionen und Branchenlobbies, die in den vergangenen Jahren in hohem Maße mitverantwortlich für Fehlplanungen und -entscheidungen gewesen waren und die natürlich kein Interesse an einer so genauen Analyse der Krisenursachen besaßen – zumal sie im Falle einer Wirtschaftsreform mit einer Beschneidung ihrer Kompetenzen rechnen mußten. Die schließlich vorgelegten Berichte stießen in der Öffentlichkeit und im Sejm – dem polnischen Parlament – auf scharfe Kritik und mußten zurückgenommen werden. Erst im Juli 1981 lag dann die Analyse einer unabhängigen Expertengruppe vor.

□ *Die innenpolitische Barriere:* Von entscheidender Bedeutung ist jedoch gewesen, daß die Führung kein Programm entwickelte, welches von der Bevölkerung

und insbesondere von der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität“ („Solidarność“) politisch akzeptiert wurde. Der politische Konflikt entzündete sich weniger an den einzelnen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die die Regierung vorschlug, als vielmehr an der Art und Weise, wie diese Maßnahmen geplant, beschlossen und schließlich umgesetzt werden sollten – nämlich weitgehend ohne Beteiligung der Gewerkschaften und zum Teil für die Bevölkerung überraschend. Die Gewerkschaften sahen darin einen Verstoß gegen die Abkommen vom September letzten Jahres und die Rückkehr zu den alten politischen Methoden. Dadurch sind die wirtschaftspolitischen Beschlüsse – etwa über Preiserhöhungen und Investitionsstopps sowie die Gesetze über die Unternehmensreform und Arbeiterselbstverwaltung – von vornherein auf Widerstand gestoßen und – wie die Preiserhöhungen – weitgehend unwirksam geblieben. Im Falle der Erhöhungen des Brotpreises um 200 bis 300 % setzten die Gewerkschaften hohe Rekompensationszahlungen durch. Die Vorgehensweise der Führung nach alten Mustern zog eine Radikalisierung der Gewerkschaften nach sich, die den Handlungsspielraum der Führung weiter einengt. „Solidarność“ verlangt immer mehr institutionelle Garantien wie z. B. eine weitgehende Arbeiterselbstverwaltung, die noch über das jugoslawische Modell hinausgeht.

Ungerechtfertigte Kritik

Die polnische Regierung und die anderen RGW-Staaten versuchen, den unabhängigen Gewerkschaften die Hauptschuld für die Wirtschaftskrise anzulasten. Dem ist entgegenzuhalten, daß es ohne die Streiks 1980 und die Entstehung von „Solidarność“ zwar nicht die erheblichen Arbeitszeitverkürzungen (Einführung der freien Samstage, Beseitigung der Sonntags- und Überstundenarbeit im Steinkohlebergbau) von ca. 20 % und die umfangreichen Lohnerhöhungen gegeben hätte, es jedoch auch ohne unabhängige Gewerkschaften wahrscheinlich zu einem Zusammenbruch der bisherigen Wirtschaftsstrategie gekommen wäre. Die wachsenden Schuldendienstleistungen hätten zu einer Verringerung der Rohstoffimporte und damit zu Produktionsausfällen etwa in der Höhe geführt, die heute den Arbeitszeitverkürzungen zugeschrieben wird.

Die Arbeitszeitverkürzungen und Einkommenserhöhungen werden außerdem von der Bevölkerung als gerecht angesehen. Die Arbeitsintensivierung in den letzten Jahren, insbesondere durch Sonntagsschichten und Überstunden, war zu Lasten der Gesundheit und der Arbeitssicherheit gegangen. Sie zeugte bereits von einer nichtoptimalen und damit verschwenderischen Bewirtschaftung der Ressourcen und führte zu Zu-

⁹ Vgl. den stellvertretenden Planungschef S. D J u g o s z in: W poszukiwaniu lekarstwa na eksport, in: Zycie gospodarcze vom 30. 8. 1981, S. 4.

wachsraten, die nicht als das Ergebnis einer normalen Entwicklung angesehen werden können. Die Kritik an „Solidarność“ verwechselt somit Ursache und Wirkung.

Begrenzter Handlungsspielraum

Eine langfristige Überwindung der tiefen Wirtschaftskrise erfordert einschneidende wirtschaftspolitische Maßnahmen in drei Richtungen:

□ Es sind institutionelle und organisatorische Veränderungen in Staat und Wirtschaftsadministration notwendig, um das Planungs- und Leitungssystem leistungsfähiger zu machen. Diese Entbürokratisierung kann nicht auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Sie ist nicht nur eine wesentliche Voraussetzung für eine wirkungsvolle operative Wirtschaftspolitik, sondern auch für den Erfolg einer umfassenden Wirtschaftsreform.

□ Die Rückkehr zum Marktgleichgewicht und die Durchführung der geplanten Wirtschaftsreform setzen eine gründliche Reform des Preis- und Einkommenssystems voraus.

□ Eine rationelle Ausnutzung der knapper werdenden Rohstoffe, Rohmaterialien und Devisen verlangt substantielle Veränderungen in den bestehenden Produktions-, Beschäftigungs-, Investitions- und Außenwirtschaftsstrukturen.

Der wirtschaftliche und politische Handlungsspielraum der Regierung ist allerdings äußerst begrenzt:

Die außenwirtschaftlichen Probleme – vor allem die Verschuldung – zwingen mittel- und langfristig zu Maßnahmen, die eine Verringerung der Rohstoff- und Rohmaterialimporte bedeuten. Das begrenzt die Wachstumsmöglichkeiten der importabhängigen polnischen Industrie. Außerdem müssen neue Exportanstrengungen unternommen werden, die wiederum eine Beeinträchtigung der Binnenmarktversorgung nach sich ziehen.

Die Regierung ist verpflichtet, die Abkommen von Gdańsk (Danzig), Szczecin (Stettin) und Jastrzębie mit den Gewerkschaften vom September letzten Jahres zu erfüllen. Das bedeutet, soweit es um die ökonomischen Verpflichtungen geht, Beibehaltung der Arbeitszeitverkürzungen sowie Erhöhung der Löhne und Sozialleistungen.

Vorgesehene Regierungsmaßnahmen

Im Juli legte die Regierung nun ein Programm vor, das sieben Schwerpunktmaßnahmen vorsieht, die den heutigen Erfordernissen einigermaßen zu entsprechen scheinen¹⁰:

□ Förderung der Landwirtschaft und hier insbesondere der Individualbauern sowie Entwicklung der Lebensmittelindustrie mit den Zielen, die landwirtschaftliche Produktion zu intensivieren und die agrarischen Rohstoffe in der Lebensmittelerzeugung effizienter zu verwerten;

□ Maßnahmen zur Einsparung von Rohstoffen, hauptsächlich durch Umstrukturierungen in der Industrieproduktion, aber auch durch Stilllegung besonders energieaufwendiger Produktionsanlagen; Förderung der extraktiven Industrien, insbesondere des Kohlebergbaus;

□ schrittweise Rückkehr zum Gleichgewicht zwischen Konsumgüterangebot und -nachfrage und Bremsung des inflationären Prozesses durch eine Preis- und Lohnreform;

□ Budgeteinsparungen;

□ Investitionskürzungen und -umstrukturierungen vor allem in der Schwerindustrie; Förderung der Konsumgüter- und Exportindustrien;

□ Beschäftigungsumstrukturierungen und Freisetzung von Arbeitskräften auf breiter Front;

□ Exportförderung.

Durch diese Maßnahmen sollen das Nationalprodukt nach fünf bis sechs Jahren, die Industrieproduktion nach drei bis vier Jahren und die landwirtschaftliche Produktion nach zwei bis drei Jahren wieder den höchsten Stand vor der polnischen Wirtschaftskrise erreicht haben. Mit einem Abbau der Auslandsverschuldung, die einen Höchststand mit 33,5 Mrd. \$ erreichen soll, wird erst ab 1986 gerechnet.

Legt man einen Rückgang des Nationalprodukts um 15 % für 1981 zugrunde, so müßte die jährliche durchschnittliche Wachstumsrate zwischen 1982 und 1985/86 3,9 bis 4,9 % betragen. Die Industrieproduktion müßte um ca. 4 % jährlich zunehmen. Derartige Zuwachsraten müssen allerdings vor dem Hintergrund der bisherigen Entwicklung als zu optimistisch angesehen werden.

Erschwerend bei der Verwirklichung dieses Programms kommt hinzu, daß die Führung gezwungen ist, die Mitbestimmungsrechte der unabhängigen Gewerkschaften zu beachten. Die großen Unbekannten in diesem Zusammenhang sind die Richtung und der Umfang der Erweiterung der Mitbestimmungsrechte in der aller-nächsten Zukunft. Die Auseinandersetzungen über die Arbeiterselbstverwaltung, die zukünftige Zusammensetzung des Parlaments, die Form der Parlamentswahlen usw. sind noch nicht abgeschlossen.

¹⁰ Vgl. Rządowy program przewyżyczenia . . . , a.a.O.